



über
Magistrat

Der Oberbürgermeister

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Revisionsausschuss

8. August 2023

Betreff: Vertrauen in städtisches Handeln durch klare Regeln und Transparenz
- Antrag der Fraktionen BLW-ULW-BIG vom 23.03.2023
- Antrag-Nr. 23-F-16-0005 / 23-F-63-0047
- Beschluss Nr. 0024 vom 03.05.2023

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird mit Transparency International Deutschland in Kontakt treten und im Rahmen von Vorgesprächen klären, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen eine Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden bei Berücksichtigung der Rechtslage in Hessen möglich ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung wird über das Ergebnis der Vorgespräche informiert und sodann erneut mit der Entscheidung befasst, ob ein Antrag auf eine Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland gestellt werden soll.

Antwort:

Zu 1.

Auf unsere Anfrage hin, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine Mitgliedschaft mögliche wäre, teilt uns Transparency International Deutschland folgendes mit:

„Eine korporative Mitgliedschaft von Kommunen in Transparency Deutschland ist an ein klares Bekenntnis der Kommune zur Bekämpfung von Korruption und die Erfüllung gewisser Mindeststandards zur Korruptionsprävention gebunden. Sie dulden keine korruptiven Praktiken durch Mitarbeiter, Führungskräfte, Gutachter und Unternehmen. Sie besitzen verbindliche Regeln wie z. B. ein klares und sichtbares Bekenntnis von Rat und Verwaltungsleitung zur Anti-Korruptionspolitik, Vorbildverhalten im Umgang mit Interessenkonflikten, präventive organisatorische und personelle Maßnahmen bei Zuständigkeiten, Befugnissen, Berichtspflichten und Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften und beauftragten Gutachtern und Unternehmen und gewährleisten systematische und umfassende Kontrollen.

Die korporative Mitgliedschaft in Transparency Deutschland kann durch eine Kommune beantragt werden. Der Aufnahmeentscheidung des Vorstandes geht ein ausführliches Gespräch zwischen Vertretern der Kommunen und von Transparency Deutschland voraus. Dabei erhält Transparency Deutschland die Gelegenheit, das Präventionskonzept der Kommune kennen zu lernen, die Verpflichtungserklärung für kommunale Mitglieder zu erläutern und beides miteinander abzugleichen (s. Anhang)

Für ein nachhaltiges Engagement gegen Korruption, werden nur Kommunen als korporatives Mitglied in Transparency Deutschland akzeptiert, wenn dem Mitgliedsantrag ein breiter Beschluss zugrunde liegt, der ein langfristiges und politisch einvernehmliches Engagement der Kommune erwarten lässt.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag liegt nach der geltenden Beitragordnung bei

- 750 € Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohner*innen
- 1.000 € Kommunen mit zwischen 50.000 – 100.000 Einwohner*innen
- 1.250 € Kommunen mit zwischen 100.001 – 500.000 Einwohner*innen
- 1.500 € Kommunen mit über 500.000 Einwohner*innen."

Weitere Details zur Mitgliedschaft sind auf der Webseite <https://www.transparency.de/publikationen/detail/article/transparency-deutschland-und-die-korporativen-kommunalen-mitglieder/> zu finden.



Gert-Uwe Mende



5 FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR KORPORATIVEN MITGLIEDSCHAFT VON KOMMUNEN BEI TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

1. Warum bietet Transparency Deutschland Kommunen die Möglichkeit einer Korporativen Mitgliedschaft an?

Transparency Deutschland bezeichnet sich selbst als Koalitionspartner gegen Korruption. Das bedeutet, dass gemeinsam mit anderen Akteuren Bündnisse gegen Korruption geschlossen werden sollen. Solche Bündnispartner können auch Kommunen sein.

Deshalb bietet Transparency Deutschland solchen Kommunen, die sich in besonderem Masse gegen Korruption engagieren wollen, die Möglichkeit einer Korporativen Mitgliedschaft an.

Durch eine Korporative Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland werden die Sensibilität und das „Know-how“ der kommunalen Mandatsträger, der Verwaltung und der Öffentlichkeit für die Gefahren von Korruption erhöht. Gleichzeitig werden Informationen und Erfahrungen bei der Anwendung von Instrumenten zur Korruptionsprävention auf kommunaler Ebene verbreitet. Dies ist sowohl im Interesse der Kommunen als auch im Interesse von Transparency Deutschland.

Eine Korporative Mitgliedschaft von Kommunen in Transparency Deutschland ist allerdings an ein klares Bekenntnis der Kommune zur Bekämpfung von Korruption und die Erfüllung gewisser Mindeststandards zur Korruptionsprävention gebunden.

2. Welche Vorteile haben Kommunen von einer Korporativen Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland?

Die Korporative Mitgliedschaft in Transparency Deutschland ist für die Kommunen mit den folgenden Vorteilen verbunden:

- Regelmäßige Grundlageninformation zu nationalem und internationalem Wissen zur Korruptionsproblematik, z.B. Corruption Perceptions Index (CPI), Bribe Payers Index (BPI), Lagebild Korruption des BKA, etc.
- Regelmäßige Informationen über den „Stand der Diskussion“ zur Korruptionsproblematik in Bund, Ländern und Kommunen sowie verwandten Themen (z.B. Informationsfreiheit, relevante Gerichtsurteile, einzelne Korruptionsfälle, etc.).
- Regelmäßige Information über Fachveranstaltungen und -publikationen.
- Zugang zu einem Netzwerk und Erfahrungsaustausch mit Fachleuten und „Gleichgesinnten“ zu Erfahrungen bei der Umsetzung von Maßnahmen der Korruptionsprävention (z.B. in den Bereichen Ehrenkodex, Risikoanalyse, Vergabewesen, Privatisierung, Mitarbeiterschulung, etc.).
- Möglichkeit der Mitarbeit in Regional- und Facharbeitsgruppen, z.B. der AG Kommunen, sowie Zugang zum Extranet der AG und anderer relevanter AGs (z.B. Politik, Vergabewesen, Integritätspakt, etc.).
- „Imagegewinn“ als Bündnispartner im Engagement gegen Korruption.

3. Was erwartet Transparency Deutschland von kommunalen Korporativen Mitgliedern?

Von den kommunalen Korporativen Mitgliedern wird seitens Transparency Deutschland erwartet:

Die Koalition gegen Korruption

- Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung zu den unten genannten Anforderungen als formale Voraussetzung für eine Korporative Mitgliedschaft.
- Ein klares Bekenntnis der Kommune, dass sie Korruption in jeder Form ablehnt und korruptives Verhalten weder bei politischen Entscheidungsträgern noch in der Verwaltung dulden wird (Teil der Selbstverpflichtung für kommunale Mitglieder).
- Vorhandensein von Schulungen für die Mitarbeiter und einer verbindlichen Verhaltensnorm für alle Beschäftigten, nach der Bestechung und andere Formen der Korruption weder eingesetzt noch toleriert werden (Teil der Selbstverpflichtung für kommunale Mitglieder).
- Vorhandensein oder Bereitschaft, mittelfristig einen Verhaltenskodex für politische Entscheidungsträger einzuführen, der eine Verpflichtung gegen Korruption enthält (Teil der Selbstverpflichtung für kommunale Mitglieder).
- Engagement für Korruptionsprävention in den kommunalen Interessenverbänden (Teil der Selbstverpflichtung für kommunale Mitglieder).
- Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch zu Themen der Korruptionsprävention mit anderen Kommunen und mit Transparency Deutschland.

4. Wie kann eine Kommune Korporatives Mitglied bei Transparency Deutschland werden?

Die Korporative Mitgliedschaft in Transparency Deutschland kann durch eine Kommune beantragt werden. Der Entscheidung geht ein ausführliches Gespräch zwischen Vertretern der Kommunen und von Transparency Deutschland voraus. Dabei erhält Transparency Deutschland die Gelegenheit, das Präventionskonzept der Kommune kennen zu lernen, die Verpflichtungserklärung für kommunale Mitglieder zu erläutern und beides miteinander abzugleichen. Über den Antrag auf Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand von Transparency Deutschland.

Nachhaltiges Engagement gegen Korruption eignet sich nicht als „politischer Zankapfel“. Deshalb werden Kommunen nur dann als Korporatives Mitglied in Transparency Deutschland akzeptiert, wenn dem Mitgliedsantrag ein breiter Beschluss zugrunde liegt, der ein langfristiges und politisch einvernehmliches Engagement der Kommune erwarten lässt.

Anträge auf Korporative Mitgliedschaft können gestellt werden bei: Transparency Deutschland e.V., Alte Schönhauser Str. 44, D-10119 Berlin.

5. Was passiert, wenn in der Mitgliedskommune ein Korruptionsfall auftritt?

Verpflichtungen aus Korporativen Mitgliedschaften wirken nicht nur zwischen Kommune und Transparency Deutschland. Beide Partner müssen auch den Erwartungen gerecht werden, die sich aus der Öffentlichkeit dieser Mitgliedschaft im Verhältnis zwischen Geschäftspartnern, Mitarbeitern und der Zivilgesellschaft ergeben.

Werden Korruptionsvorwürfe gegen Repräsentanten, Mitarbeiter oder Beauftragte der Mitgliedskommune bekannt, ist diese verpflichtet, Transparency Deutschland über den Vorgang zu informieren. Ziel der Information ist es, dem Vorstand von Transparency Deutschland eine Entscheidung über Fortsetzung, Ruhen oder Beendigung der Mitgliedschaft zu ermöglichen. Wenn Anhaltspunkte bestehen, dass das Mitglied durch sein Verhalten die Interessen des Vereins verletzt haben könnte, kann Transparency Deutschland die Mitgliedschaft ruhen lassen. Auch der Ausschluss von Mitgliedern ist möglich, wenn diese vorsätzlich oder grob fahrlässig die Interessen von Transparency Deutschland verletzen.



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
Deutschland e.V.**

Die Koalition gegen Korruption.

Selbstverpflichtungserklärung für Kommunen als korporative Mitglieder von Transparency Deutschland

(Stand März 2009)

Wir werden korporatives Mitglied von Transparency International Deutschland e.V., weil wir Korruption in jeder Form ablehnen.

Wir sind entschlossen, bei der Wahrnehmung der uns übertragenen Aufgaben hohe ethische Standards zu erreichen. Wir dulden keine korruptiven Praktiken durch Mitarbeiter und Führungskräfte und bestellte oder in unserem Auftrag tätige Gutachter und Unternehmen.

Unsere Kommune hat dafür verbindliche Verhaltensregeln und weitere Richtlinien erlassen und verlangt die strikte Einhaltung dieser internen Regeln sowie jederzeit gesetzestreu Verhalten von allen bei uns und für uns Beschäftigten.

Um die Einhaltung dieser Regeln zu gewährleisten, hat unsere Kommune ein Umsetzungsprogramm zur aktiven Korruptionsprävention mit folgenden Bausteinen implementiert:

- Klares und sichtbares Bekenntnis von Rat/Kreistag und Verwaltungsleitung zur Anti-Korruptionspolitik der Kommune sowie Vorbildverhalten der Führungskräfte im Umgang mit Interessenkonflikten und Dilemmasituationen.
- Minimierung des Korruptionsrisikos in allen Fachbereichen durch präventive Organisationsmaßnahmen bei Zuständigkeiten, Befugnissen, Berichtspflichten und Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften und beauftragten Gutachtern und Unternehmen.
- Systematische und alle Fachbereiche umfassende Kontrollen insbesondere von korruptionsgefährdeten Verwaltungs- und Geschäftsprozessen.
- Umfassende Aufklärung und Schulung der Mitarbeiter und Führungskräfte sowie Verpflichtung der in unserem Auftrag tätigen Gutachter und Unternehmen. Gezielte Unterstützung der Aufdeckung und Vermeidung von Verstößen durch Hinweisgebersysteme.
- Konsequentes Einschreiten in Verdachtsfällen und Sanktionierung von Verstößen durch rechtliche und disziplinarische Maßnahmen.

Die Kommune setzt sich in ihren Spitzen- und Interessenverbänden dafür ein, dass eindeutige Stellungnahmen und Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung und -prävention im kommunalen Bereich abgegeben werden.

Die Kommune informiert Transparency Deutschland über wesentliche Korruptionsvorgänge bei der Wahrnehmung ihrer kommunalen Aufgaben (gerichtliche Verurteilung, staatsanwaltschaftliche Ermittlung, Vergabeausschluss, Medienberichte).

Die Kommune ist einverstanden, die Einhaltung, Anpassung und Umsetzung dieser Verpflichtungserklärung im Turnus von drei Jahren zu bestätigen und dafür notwendige Fragen von Transparency Deutschland zu beantworten.

Ort/Datum

Name der Kommune

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift durch Verwaltungsleitung/Bürgermeister